

für den entworfenen Zustand Deutschlands und für die Notwendigkeit, einem Volke seine eigene Sicherheit zu geben. In Deutschland hat man die feste Überzeugung, daß die schon oft betonte Liebe Amerikas für den Frieden es unter keinen Umständen zulassen wird, daß eine von den bis an die Zähne bewaffneten Mächten die Welt in eine neue Katastrophe stürzen wird.

Die Fuldaer Bischofskonferenz noch vor Pfingsten.

UNA Fulda, 16. Mai.

Wie aus gutunterrichteten Kreisen verlautet, wird die Fuldaer Bischofskonferenz in diesem Jahre bereits

in der Woche vor Pfingsten, und zwar voraussichtlich am 30. Mai, zu ihrer üblichen Jahrestagung zusammengetreten. Die Oberbischöfe aller deutschen Bistümer werden hierzu erwartet. Auch die bayerischen Bistümer, die bisher gewöhnlich nur einen Vertreter zu entsenden pflegten, dürften diesmal mit ihren Oberbischöfen vertreten sein. Die Beratungen der Konferenz tragen einen durchaus vertraulichen Charakter. Das äußere Bild der Tagung wird auch in diesem Jahre kaum in Erscheinung treten. Wie es immer üblich war, wird eine feierliche Andacht in der Krypta der Domkirche am Abend des Vortages die Konferenz eröffnen, die nach etwa dreitägiger Dauer mit einer feierlichen Schlussandacht an gleicher Stelle beendet wird. Öffentliche kirchliche Feiern im großen Rahmen sind nicht vorgesehen.

Die heutige Reichstagsitzung

Übertragung der Kanzlerrede durch den Rundfunk.

Beteiligung der Sozialdemokraten noch ungewiss.

tu Berlin, 16. Mai.

In der Krolloper war man heute eifrig am Werke, die Bühne, auf der sich die Bühne für das Reichstagspräsidium, die Mitglieder der Reichstagsleitung und die Vertreter der Länder befinden, mit Grün und Blau zu schmücken. Die für die morgige Reichstagsitzung zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten sind längst betriebsbereit, obwohl immer noch Gespräche, auch telegraphisch, um Zutrittskarten aus allen Teilen des Reiches eintreffen.

Die große außenpolitische Rede des Reichstagspräsidenten wird auf sämtliche deutschen Sender übertragen werden, und zwar voraussichtlich in der Zeit zwischen 15 und 18 Uhr. Um 20 Uhr findet im Anschluss an die Stunde der Nation eine Schallplattenwiederholung statt.

Wie das DZ-Büro meldet, hat Abgeordneter Rabe namens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Hinblick auf den Zusammentritt des Reichstages dem Reichstagspräsidenten Göring in einem Schreiben ge-

beten, die vor einigen Tagen geschlossenen Büro- und Sitzungsräume der Fraktion im Reichstagsgebäude wieder freizugeben, nachdem die polizeiliche Durchsuchung bereits stattgefunden habe. Rabe hat weiter eine Eingabe an den Reichstagspräsidenten gerichtet, in der er den Präsidenten bittet, die Freilassung der verhafteten Reichstagsabgeordneten auf Grund ihrer Immunität zu veranlassen.

Dem Schreiben Rabes ist heute Insofern stattgegeben worden, als von den polizeilich verlegten Räumen der SPD im Reichstagsgebäude für die Sitzung der Reichstagsfraktion der Fraktionsführer freigegeben wurde. Dagegen bleiben die übrigen bisher von der SPD eingenommenen Arbeitsräume im Reichstag weiterhin beschlagnahmt.

Eine Entscheidung über die Beteiligung an der Reichstagsitzung ist heute bei den Sozialdemokraten noch nicht gefallen. Die Fraktion verlässt sich auf Mittwoch früh noch einmal. Die Entscheidung darüber, ob sie an der Reichstagsitzung teilnehmen, wird also frühestens in der Sitzung des Ausschusses am Mittwoch mitgeteilt werden.

Die Schwierigkeiten des Transfers.

Die bevorstehenden Verhandlungen mit den Anleihegläubigern.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 16. Mai. (Drahtf.)

Die Konferenz über die deutschen Auslandsanleihen, die am 28. Mai in Berlin beginnt, hat, wie es zu erwarten war, in Deutschland und in der Welt schon jetzt die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich konzentriert. Überall hat ein Rätselraten über die Pläne und das voraussichtliche Ergebnis der Konferenz eingelegt. Bevor der Reichstagspräsident nach Berlin zurückgekehrt ist, kann aber höchstens angedeutet werden, auf welcher Linie die Beratungen vor sich gehen werden. Das eine kann man aus den bisherigen Äußerungen des Reichstagspräsidenten allerdings entnehmen, daß eine einseitige Transfersperre oder eine anderweitige diktatorische Regelung von deutscher Seite nicht in Betracht kommt.

Die Tatsache, von der man ausgehen wird, ist die, daß zur Zeit die Deviseneingänge für die Zinszahlungen nicht ausreichen. Die Feststellung Dr. Schachts, daß es sich nicht um ein Schuldensystem, sondern um ein Transferproblem handelt, wird am eindrucksvollsten durch die Tatsache belegt, daß die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank, die vor 24 Jahren, also vor den überfüllten Kreditbüchern der kurzfristigen Auslandsgläubiger, noch über drei Milliarden Mark betragen, bis auf 600 Millionen Mark nach dem letzten Reichsbankausweis von 8. Mai zusammengefallen sind. Da der Dienst der deutschen Auslandsanleihen im laufenden Jahr 788 Millionen, im kommenden Jahre sogar 808 Millionen Mark erfordert wird, die Deviseneingänge aus der Ausfuhr aber erst mehrere Monate nach dem Geschäftsjahres in Erscheinung zu treten pflegen, ist nicht damit zu rechnen, daß die Reichsbank ihre Gold- und Devisenvorräte in der nächsten Zeit wird erhöhen können, es sei denn, daß unsere Gläubigerländer in größerem Umfang als bisher Waren abnehmen. Die Reichsbank ist also nicht mehr in der Lage, die von den Schuldner in Mark aufgetragenen Zins- und Tilgungsbeträge in ausländischer Währung zu transferieren. Es besteht aber darüber hinaus die weitere Gefahr, daß eine Wirtschaftsentwicklung, die den Transfer behindert, bald auch die Aufbringung erheblich erschweren wird. Es wird bei den kommenden Verhandlungen, nachdem Dr. Schacht unseren guten Willen betont hat, einzig und allein in der Hand der Gläubiger liegen, den Weg zur praktischen Lösung der Transferprobleme zu finden und damit einen wichtigen Schritt zur Lösung der Weltwirtschaftskrise zu tun. Man erwartet in Deutschland mit Bestimmtheit, daß die Gläubiger im Ausland die nötige Einsicht aufbringen werden.

Im einzelnen neigt man in unterrichteten Kreisen zu der Auffassung, daß man unter Umständen einer vorläufigen Regelung zustimmt in der Erwartung, daß die Gläubigerkonferenz und die Weltwirtschaftskonferenz Maßnahmen vorschlagen werden, durch die die Deviseneingänge im Laufe der Zeit wieder erhöht würden. Man könnte sich denken, daß während der Geltungsbauer der vorläufigen Regelung ein Teil der Zinsen, die von den deutschen Schuldner in Reichsmark abgeführt werden und nicht transferiert werden können, anderweitig an vergünstigten Anlagen zugeführt wird. Möglichkeiten hierzu würde eine Anlage in Reichsschatzangelegenheiten, in einer wertbeständigen deutschen Anleihe die Verwendung dieser Beträge zum Anlauf deutscher Rentenwerte an der Börse usw. bieten. Es besteht ferner natürlich auch die Möglichkeit, daß man die Marktguthaben für zinsfähige Exporte oder wirtschaftliche Beteiligungen verwendet mit dem Ziel der Steigerung des deutschen Ausfuhrüberschusses und der Erhöhung der Deviseneingänge.

Jedem etwas Konkretes steht, wie gesagt, aber noch nicht fest. Es sei nur noch erwähnt, daß an der Berliner Konferenz nicht die gesetzlichen Vertreter der langfristigen Gläubiger teilnehmen werden, deren Zusammenberufung mehr Zeit beansprucht hätte. Wenn also irgendwelche Vereinbarungen Rechtskraft erhalten sollen, dann müssen sie von den Anleihebesitzern selbst oder von ihren Vertretern gebilligt werden.

Ernennung der Statthalter für Hamburg und Lippe.

UNA Berlin, 16. Mai.

Der Reichspräsident hat das Mitglied des Reichstags Karl Kaufmann zum Reichstatthalter in Hamburg und das Mitglied des Preussischen Landtages Dr. Alfred Meyer zum Reichstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe ernannt.

Die Korruptionsfälle.

Keine Veröffentlichungen mehr vor der gerichtlichen Klärung.

TU Berlin, 16. Mai.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Eugen Berg hat den Kommissaren, die er in einzelnen besonderen Fällen eingesetzt hat, unterzogen, ihre Untersuchungsergebnisse von sich aus der Presse bekannt zu geben. Insbesondere seien alle Mitteilungen über angebliche Korruptionsfälle solange anzuhalten, bis eine gerichtliche Klärung erfolgt sei. Die Veranlassung zu dieser Maßnahme bildet die Beobachtung, daß manche in letzter Zeit eroberten Aufschlüsse sich nicht nur als unbegründet erwiesen hätten, sondern zum Teil auch auf falschen Denunziationen, insbesondere von früheren Angehörten beruhten.

Vergebung von Gemeindenaufträgen.

UNA Berlin, 16. Mai.

Die Vergabung gemeindlicher Aufträge ist ausschließlich Sache der zuständigen Organe der Gemeinden selbst. Wie das DZ-Büro berichtet, weist deshalb der preussische Innenminister in einem Rundschreiben darauf hin, daß schon aus rechtlichen Gründen Vergabungen nicht von dem Innenministerium oder der Zustimmung wie Organisationen, wie des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand oder sonstiger Einrichtungen abhängig gemacht werden dürfen. Darüber hinaus verlangt der Minister, daß die Gemeindegremien auch jede Einflussnahme von außen her auf die Vergabung von Aufträgen ablehnen. Nur die Interessen der Gemeinde selbst, nicht die Sonderinteressen außenstehender Organisationen oder ihrer Mitglieder dürfen ausschlaggebend sein.

Großer Protestantentag in Deutschland am 10. November.

UNA Berlin, 16. Mai.

Wie das DZ-Büro meldet, beschäftigt die dem Nationalsozialismus verbundene Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ am 10. November d. J. anlässlich des 450. Geburtstages des Reformators Dr. Martin Luther in ganz Deutschland einen großartigen protestantischen Tag zu begehen. An ihm soll durch ganz Deutschland eine große Welle des Protestantismus gehen. Die Glaubensbewegung, die keineswegs gegen die Kirche kämpft, sondern vielmehr nur die Volkserwachenheit der Kirche wieder herstellen will, sei der Meinung, daß nicht mehr nur eine große Konfession im Katholikentag ihre

„Waffenstillstand für alle deutschen Arbeitsmenschen“.

Ernennung von Bezirks- und Betriebsleitern.

Eine Verfügung des Führers der Deutschen Arbeitsfront und des Reichskommissars für die Wirtschaft. WTB Berlin, 16. Mai.

Der Reichskommissar für die Wirtschaft Wagners und der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley haben als Vertreter der deutschen Wirtschaft überall Parteigenossen zu Bezirksleitern ernannt, und zwar in Westfalen mit dem Sitz in Münster den Hg. Arnold, für den Bezirk Niederrhein mit dem Sitz in Hannover den Hg. Fromm und für das Rheinland mit dem Sitz in Köln den Hg. Dr. Klein.

Für die Deutsche Arbeitsfront sind in den Bezirken der Landesarbeitsämter zu Betriebs-

leitern ernannt worden: in Münster der Hg. Walter Nagel, in Hannover der Hg. Karst und in Köln der Hg. Richard Ohling.

Die Bezirksleiter der Wirtschaft und Arbeit sind in ihren Gebieten allein verantwortlich für den Wirtschaftszustand und den Aufbau. Sie ordnen die Tarifverhältnisse, die Sachen über den Arbeitsschutz und über das Arbeitsrecht, über die sozialen Maßnahmen, sie verhindern mit allen Mitteln wirtschaftliche Sabotage, sie allein sind für den reibungslosen Aufbau der deutschen Arbeit verantwortlich.

Gleichzeitig geben Dr. Wagners und Dr. Ley bekannt, daß auf die Dauer von acht Wochen ein Waffenstillstand für alle deutschen Arbeitsmenschen der Streik und der Streik geschlossen wurde, bis der ständige Aufbau der organisierten Wirtschaft durchgeführt ist.

Polnischer Generalangriff gegen den Warenverkehr zwischen Danzig und Polen

Die Hand an der Gurgel der Danziger Wirtschaft.

(Danzig, 16. Mai.)

Die polnische Regierung hat eine Verfügung erlassen, monach vom 16. Mai, in der die polnisch-danziger Warenverkehrs nach Polen an der polnisch-danziger Grenze zurückzuweisen sind, wenn sie nicht mit einem Ausweis (Passierschein) der polnischen Zollinspektoren in Danzig versehen sind. Die Danziger Kaufmannschaft von dieser Verfügung, die einen Kennzettel erhalten hatte, mußte heute die meisten Warentransporte an den Grenzübergangsstellen entweder nach Danzig zurückgeleitet werden oder sie wurden solange festgehalten, bis die verlangten Bescheinigungen vorgelegt werden konnten. Wie verlautet, erstreckt sich der Stempelzwang nicht nur auf die Beförderungsmittel aller Art auf dem Land- und Wasserwege, sondern auch auf den Transport von Personen, die von Danzig nach Polen reisen.

Die polnische Verfügung bedeutet praktisch, daß sich jetzt die gesamte Danziger Wirtschaft, soweit sie auf den Handel mit Polen angewiesen ist, den polnischen Bedingungen zur Erlangung des Passierscheins unterwerfen muß; sie muß auf die Ausübung des von Polen für unzulässig erklärten passiven Warenverkehrs.

verfahren verzichtet, sie muß sich verpflichten, nicht bei Firmen zu kaufen, die sich polnischen Bedingungen nicht unterwerfen haben, sowie nicht der Betriebskontrolle durch polnische Beamte unterliegen.

Ergänzend wird noch gemeldet: Am gestrigen Montag wurden nicht nur allen Danziger Warentransporten, die nicht mit einem Passierschein der polnischen Zollinspektoren in Danzig versehen waren, der Eintritt in das polnische Staatsgebiet verweigert, sondern es wurden auch Danziger Leertaxis, die die Waren (Lebensmittel) aus Polen nach Danzig bringen sollten, an der Grenze zurückgeschickt. Es scheint auf polnischer Seite somit die Absicht zu bestehen, nicht allein den Zugang von Danziger Waren nach Polen abzusperren, sondern auch die Einfuhr polnischer, für Danzig lebenswichtiger Waren in das Grenzgebiet zu unterbinden. Der gesamte Danzig-Polen-Warenverkehr wird faktisch von der polnischen Kontrolle erfaßt. Damit hat die polnische Regierung die Hand an die Gurgel der Danziger Wirtschaft gelegt.

Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Zustand, der dem bestehenden Vertragsschreiben in jeder Beziehung Hohn spricht, der eine Wirtschafts-grenze zwischen Polen und Danzig aufrichtet und der die Danziger Wirtschaft auf Gnade und Ungnade ausliefert, beseitigt werden muß, und es ist zu erwarten, daß der Senat sich zu durchgreifenden Maßnahmen zur Beseitigung dieses Zustandes entschließen wird.

Inschauungen den breiten Volksschichten vortragen sollte, sondern daß auch die Veranstaltung eines Protestantentages geboten sei. Man darf danach annehmen, daß die für den 10. November beabsichtigte Feier des Geburtstages von Dr. Martin Luther die regelmäßige Veranstaltung eines Protestantentages in Danzig einleiten wird.

Für den Auftakt sind in ganz Deutschland geplant die Veranstaltung von Gottesdiensten, von Festgottesdiensten und am Nachmittag die Durchführung von Kundgebungen in allen deutschen Städten unter Voranführung von Kirchen- und Parteifunktionären. Für den Abend festliche Veranstaltungen kirchennaturlicher oder rhetorischer Art. Auch sollen Rundfunk, Film und Bühne sich auf den Tag durch die Sendung bzw. Aufführung entsprechender Werke einstellen. In „historischen Stunden“ soll Luther und seiner Mitarbeiter gedacht werden. Dabei wolle die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ aber bewußt einen der Mitarbeiter ausschalten, nämlich Philipp Melancthon, der den Protestantismus schon in seinen Anfängen verworfen und ihm seine Stütze genommen habe.

Ungünstige Abberufung eines Ministers.

Staatsminister von Michael bleibt vorläufig.

UNA Berlin, 16. Mai.

Wie der deutsch-nationale Staatsminister von Mecklenburg-Strelitz Dr. von Michael, der, wie erinnerlich, in der vergangenen Woche durch Beschluß des Landtages von seinem Posten unter gleichzeitiger Ernennung eines Nationalsozialisten zu seinem Nachfolger durch den Landtagspräsidenten abberufen worden sollte, mitteilt, hat der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, an ihn folgendes Schreiben gerichtet:

Auf die telegraphische Mitteilung vom 12. erwidere ich, daß die Frage der Abberufung der mecklenburgischen Staatsregierung in den ersten Tagen der kommenden Woche durch die Ernennung eines Reichstatthalters für das Land Mecklenburg-Strelitz entschieden wird. Bis dahin steht Ihnen die Führung der Amtsgeschäfte als Staatsminister zu. Dem Präsidenten sprechend verständigt.

Ausweisung der reichsdeutschen Nationalsozialisten aus Österreich?

TU Wien, 16. Mai.

Die innerpolitische Stimmung hat sich weiter verschärft. Im Zusammenhang mit der reichsdeutschen Ausweisung des Rärntner nationalsozialistischen Gauinspektors von Rotten, einen Reichsdeutschen, behauptet das von den Heimwehren herausgegebene „Abendblatt“, die Regierung werde nunmehr alle „reichsdeutschen Agitatoren“ ausweisen. Der erste werde der Landesinspektor und Beauftragte Hitlers in Österreich, der Abgeordnete Theo Habicht, sein. Diese Behauptung wird von der „Spätabendpresse“ in größter Aufmerksamkeit aufgenommen. Der scharfe Kurs, den die Regierung weiter gegen die Nationalsozialisten hält, ergibt sich ferner daraus, daß innerhalb Wochenfrist 14 mal nationalsozialistische Blätter beschlagnahmt wurden und gegen die „Deutschösterreichische Tageszeitung“, das Hauptorgan der Nationalsozialisten in Österreich, die Vorzensur auf unbestimmte Zeit verlängert worden ist.

Große Verluste des Leo-Hauses in München.

München, 16. Mai.

Die Zentrale der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Bayerns, das Leo-Haus, d. u. a. eine eigene Sparkasse und die Leo-Film-W.G. angegliedert sind, ist in finanzielle

Schwierigkeiten geraten. Wie die „Bayrische Staatszeitung“ mitteilt, hat die Polizei verlangt, gegen den Betrieb des Hauses vorübergehend zu schließen. Bei der Sparkasse, deren Kunden größtenteils Mitglieder der katholischen Arbeitervereine sind, seien Untersuchungen von großen Geldbeträgen aufgedeckt worden. Der Vorfall habe die Geschäftsführung sowie eine Prozentsumme der verrentierten Gelder von 2 bis 3 Millionen Mark betragen.

Die finanziellen Schwierigkeiten bei dem Leo-Haus dürften ihren Ausgang von Verlusten der Leo-Film-W.G., der einzigen katholischen Filmherstellungsgesellschaft in Deutschland, genommen haben. Diese Firma hat zwar in jüngster Zeit mit ihrem Film „Der fünfte Sol“ große Erfolge gehabt, doch sind diese Erfolge offenbar bereits zu spät gekommen, um die Verluste bei anderen Unternehmungen der letzten Jahre auszugleichen. Der Direktor der Leo-Film-W.G., Dr. Ernst, sowie die Produzenten waren im Zusammenhang mit diesen Dingen bereits vor einiger Zeit durch andere Kräfte ersetzt worden. Kunden der Sparkasse sind vor allem die im Leo-Haus zusammengeschlossenen katholischen Arbeitervereine und ihre Mitglieder. Ferner gehört zum Leo-Haus eine Buchverlags- und Buchhandlung, ein Arbeiterkreditinstitut usw. Wie es scheint, werden der früheren Leitung keine einschlägigen Vermögensgegenstände, wohl aber eine unklare Verwertung von Geldern der Sparkasse für Zwecke der Filmherstellung und schlechte Verwaltung dieser in der Filmherstellung angelegten Gelder.

Kieseneuer in einer amerikanischen Stadt.

Bisher 250 Häuser zerstört.

tu New York, 16. Mai.

In New-Auburn im Staate Maine wütet ein Rieseneuer, das bereits 18 Stunden andauert. Das Feuer zerstörte bisher 250 Häuser, darunter das gesamte Geschäftsviertel, Läden, Banken und Kirchen. 1500 Menschen sind obdachlos. Glücklicherweise sind keine Tote und Verletzten zu beklagen. Sämtliche Feuerwehren aus einem Umkreis von 50 Meilen bemühen sich, des Feuers Herr zu werden. Die Behörden werden außerordentlich dadurch erschwert, daß es sich meistens um Holzbauten handelt und ein starker Wind die Flammen weiter treibt.

Kleine Nachrichten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing Dienstag vormittag Reichstagspräsident Sittler zum Vortrag über die politische Lage. Auch Reichsinnenminister Dr. Frick nahm an der Besprechung teil.

Der ehemalige deutsch-nationale Vorkämpfer des braunschweigischen Staatsministeriums, Dr. Rüchenthal, der vor kurzem als Minister zurückgetreten und zum Präsidenten der braunschweigischen Staatsbank ernannt worden war, hat seinen Abschied zum 1. Juni 1934 erklärt.

Gestern haben die Landtage von Sachsen, Baden und Hessen ihre ersten Sitzungen abgehalten. Dazu wurden in Dresden und Darmstadt die Reichstagsräte feierlich eingeladen. In Karlsruhe folgt dieser Akt in acht Tagen. Im Badischen und Hessischen Landtag wurde in das Präsidium auch ein Zentrumsmann abgeordnet. Im Hessischen Landtag wurde u. a. ein Ermächtigungsgesetz einstimmig angenommen. Im Sächsischen Landtag fehlten sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten mit Entschuldigung.

Der Preussische Staatsrat ist zu Donnerstagabend einberufen worden. Bekanntlich wird am gleichen Tage der Preussische Landtag ein Ermächtigungsgesetz in allen drei Lesungen verabschieden. Gleich nach dieser Landtagssitzung wird der Staatsrat die Erledigung des Ermächtigungsgesetzes vornehmen, so daß es dann sofort in Kraft treten kann.

Zu der gestrigen Meldung der Telegraphen-Union über die Einziehung der Arbeitsdienstpflichtigen des Jahres 1935 zum 1. Januar 1934 wird noch nichts Endgültiges feststeht, daß noch nichts Endgültiges feststeht.

Seilage

Aus 1

Gleichschaltung d

und d

Rechtsanwalt

Um die Ch

Nach einer ausge

hülle das Gericht den

Dr. Rühn, freigepr

Ergebnis, daß es d

den Privatkläger u

Der Privatkläger

Was man über den Pri

Anders, von der Wider

kläger freigesprochen

Wahrung berechtigter

Diesem Urteil liegt

„Katzu“, im März, im

zug und der dem Kläger

Veranlassung zu einer

anmaß und Roter Mar

„Katzu“ sah a

Dr. Rühn mit meh

um einem Nebensta

wurde: „Was w

ein Kommunist.“ M

kläger dem Beklagten

da, Sie sind ja betrun

Ergebnis der Beweisauf

gegen den Kläger fort

fragt, was das eigent

Es handelt sich um

Rechtsanwalt

Um die Ch

Nach einer ausge

hülle das Gericht den

Dr. Rühn, freigepr

Ergebnis, daß es d

den Privatkläger u

Der Privatkläger

Was man über den Pri

Anders, von der Wider

kläger freigesprochen

Wahrung berechtigter

Diesem Urteil liegt

„Katzu“, im März, im

zug und der dem Kläger

Veranlassung zu einer

anmaß und Roter Mar

„Katzu“ sah a

Dr. Rühn mit meh

um einem Nebensta

wurde: „Was w

ein Kommunist.“ M

kläger dem Beklagten

da, Sie sind ja betrun

Ergebnis der Beweisauf

gegen den Kläger fort

fragt, was das eigent

Es handelt sich um

Rechtsanwalt

Um die Ch

Nach einer ausge

hülle das Gericht den

Dr. Rühn, freigepr

Ergebnis, daß es d

den Privatkläger u

Der Privatkläger

Was man über den Pri

Anders, von der Wider

kläger freigesprochen

Wahrung berechtigter

Diesem Urteil liegt

„Katzu“, im März, im

zug und der dem Kläger

Veranlassung zu einer

anmaß und Roter Mar

„Katzu“ sah a

Dr. Rühn mit meh

um einem Nebensta

wurde: „Was w

ein Kommunist.“ M

kläger dem Beklagten

da, Sie sind ja betrun

Ergebnis der Beweisauf

gegen den Kläger fort

fragt, was das eigent

Es handelt sich um

Rechtsanwalt

Um die Ch

Nach einer ausge

hülle das Gericht den

Dr. Rühn, freigepr

Ergebnis, daß es d

den Privatkläger u

Der Privatkläger

Was man über den Pri

Anders, von der Wider

kläger freigesprochen

Wahrung berechtigter

Diesem Urteil liegt

„Katzu“, im März, im

zug und der dem Kläger

Veranlassung zu einer

anmaß und Roter Mar

„Katzu“ sah a

Dr. Rühn mit meh

um einem Nebensta

wurde: „Was w

ein Kommunist.“ M

kläger dem Beklagten

da, Sie sind ja betrun

Ergebnis der Beweisauf

gegen den Kläger fort

fragt, was das eigent

Es handelt sich um

